Nummer 18 Stuttgart, 3. Mai 1924 42. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 25 Goldpfennig
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung des Betrages)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 — Postscheckkonto Stuttgart Nr. 6800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Das Schicksal der Arbeiterklasse

gebietet, daß alle Kollegen und Kolleginnen am 4. Mai ihre Pflicht gegen die Reaktion und für den Sozialismus tun. Am Wahltag kann mit dem sozialistischen Stimmzettel den Ausbeutern und Achtstundentagräubern, den Volksauswucherern und Steuerbetrügern, den Staatsverbrechern und Rechtsvergewaltigern die Möglichkeit zu weiteren Missetaten genommen werden. Diese günstige Gelegenheit hat jeder Kollege und jede Kollegin durch unermüdliche Werbearbeit unter den unaufgeklärten, verwirrten, gleichgültigen und pflichtvergessenen Klassengenossen zu nutzen. Die hierfür freiwillig geopferten Stunden werden der Arbeiterschaft viele Monate und Jahre unfreiwilliger Fron in der kapitalistischen Siele ersparen.

Nutzt alle diese günstige Gelegenheit! Wählt alle sozialistisch!

Zum ersten Mai

Es sind nun bald 35 Jahre ins Land gegangen, seit der Internationale Arbeiterkongreß in Paris die Maifeier beschloß als Kundgebung für die aufgestellten Arbeiterschutzforderungen. Unter diesen Forderungen flammte weithin sichtbar das Verlangen des achtstündigen Arbeitstages. Als das internationale Kapital die Pariser Weltausstellung beschickte und in hohen Tönen das Lob der Industrie gesungen wurde, waren jene Schichten des arbeitenden Volkes nicht vertreten, die doch mit ihrem Fleisch und Blut, mit Mühen und Fleiß den Kulturreichtum vor allem geschaffen hatten. Trotzdem aber war das arbeitende Volk auch in Paris, es vereinigte sich in den Tagen vom 14. bis zum 20. Juli zum Arbeiterkongreß. Dort wurden auch „Mittel und Wege". beraten, „um die Forderungen des Arbeiterschutzes zu verwirklichen". Für Bern war auf Vorschlag der Schweizer Regierung eine internationale Konferenz der Regierungen zur Förderung des Arbeiterschutzes vorgesehen. Diese Maßnahme der Schweizer Regierung war bereits eine Frucht der mächtig ausholenden und in die Breite gehenden selbständigen Arbeiterbewegung. Der internationale Arbeiterkongreß in Paris forderte die Arbeiterorganisationen und sozialistischen Parteien aller Länder auf, „alle Mittel", Versammlungen, Presse, Petitionen, Manifestationen anzuwenden, um die Beschickung der Berner Konferenz durchzusetzen und zu bewirken, daß auf dieser Tagung die den Arbeiterschutz betreffenden Forderungen des Pariser Kongresses von den Regierungen unterstützt werden. Die „freie" Schweiz galt in jenen Jahren bei den reaktionären Regierungen der Großstaaten, besonders der deutschen, als „wildes Land". In allen Ländern, wo sich Sozialisten in parlamentarischen Vertretungen befanden, sollten diese durch Kundgebungen und durch gesetzliche Vorschläge für die Arbeiterschutzforderungen des internationalen Pariser Kongresses eintreten. Der Arbeiterkongreß beschloß:

„Eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung ist in allen Ländern, die von der kapitalistischen Produktionsweise beherrscht werden, unbedingt notwendig. Als Grundlage für diese Gesetzgebung wurde eine Reihe Forderungen aufgestellt und an deren Spitze: Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Arbeitstages für jugendliche Arbeiter.

Es ist für einen bestimmten Zeitraum eine große internationale Kundgebung zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris zur Ausführung zu bringen."

Weil eine solche Kundgebung bereits von dem Amerikanischen Arbeiterbund für den 1. Mai 1890 beschlossen war, wurde dieser Tag für die internationale Kundgebung bestimmt. Die Arbeiter in den verschiedenen Ländern sollten die Kundgebung in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die besonderen Verhältnisse vorgeschrieben sei, ins Werk setzen.

Da seit dem Pariser internationalen Arbeiterkongreß 1889 eine neue Arbeiterschicht nachgewachsen ist, die aus eigenem Miterleben wenig von den damaligen Vorgängen weiß, ist es angebracht, auch diese jüngeren Kameraden eingehend mit der Entstehung der Maifeier bekannt zu machen. Der Beschluß des Pariser Kongresses wurde überall in der Arbeiterschaft mit jubelnder Begeisterung aufgenommen. In Deutschland, wo eine sehr flickige Luft herrschte, wurde besonders in Berlin und in Hamburg viel darangesetzt, um 1890 eine mächtige Kundgebung für den Achtstundentag zustande zu bringen. Max Schippel gab das Stichwort nach den Februarwahlen, die der Arbeiterschaft einen großen Erfolg gebracht hatten: „1½ Millionen Wahlstimmen — 2 Millionen Maifeiernde!" Auch daß damals schon Meinungsverschiedenheiten darüber einsetzten, was als wirksamste Form der Maifeier möglich war, sei hier wieder hervorgehoben. Oft wird ja in unseren Tagen angenommen, daß der Meinungsstreit über wesentliche Fragen in der Arbeiterschaft erst mit und nach dem Kriege eingesetzt habe. Es hat solche Meinungsunterschiede immer gegeben, solange eine selbständige Arbeiterbewegung besteht. Berlin und Hamburg rüsteten sich zu umfassender Arbeitsruhe. Reichlich spät kam dann eine ernst gehaltene Mahnung der sozialistischen Fraktion, die Macht der organisierten Arbeiterschaft nicht zu überschätzen und die Gefahr der Reaktion zu beachten. Es entstand die Frage, ob die in Paris beschlossene Kundgebung unbedingt die Form der Arbeitsruhe in sich schließe. Dies war nicht der Fall, indes drängte die Arbeiterschaft doch von Jahr zu Jahr, wenn auch je nach der Wirtschaftslage mit wechselnden Erfolgen, nach der völligen Arbeitsruhe am 1. Mai als der würdigsten Form der Kundgebung für den Achtstundenarbeitstag und den Arbeiterschutz im allgemeinen.

In Berlin, Hamburg und anderen Städten verlief schon die erste Maifeier 1890 glänzend, aber das protzige, reaktionäre Unternehmertum gierte auch nach Rache für die „Frechheit" der Arbeiter, sich aus eigenem Recht einen Feiertag schaffen zu wollen. Es kam zu nachhaltig wirkenden Aussperrungen. Mit diesem Mittel hat der Kapitalismus dann oft noch in den späteren Jahren gegen die Kundgebung am 1. Mai gegeifert.

In wirtschaftlich ungünstigen Zeiten entstand dann zeit- und stellenweise das Bestreben, die Kundgebung auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen, aber damit hat sich die Arbeiterschaft nicht befreunden können. Späterhin ist dann die Kundgebung am 1. Mai dahin erweitert worden, daß sie sich auch gegen die Kriegshetze wendet und für den Völkerfrieden eintritt. Es sei daran erinnert, daß noch der internationale Arbeiterkongreß in Brüssel 1891 gegen die Stimmen der Franzosen, Deutschen, Schweizer und Ungarn den Antrag Vaillants abgelehnt hatte, der Maikundgebung auch den Charakter einer Friedenskundgebung zu geben. Der nächste internationale Kongreß 1893 in Zürich beschloß indes die Erweiterung der Kundgebung.

So ist es denn bis heute geblieben. Viel ist seit jenen Beschlüssen geschehen, in vielem haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert, der Weltkrieg wurde heraufbeschworen und endete mit einem Riesenkatzenjammer, der immer mehr auch die Machthaber der Siegerstaaten ergreift, ob sie es auch durch mancherlei Verzerrungen sich und anderen ableugnen wollen. Mit dem Zusammenbruch der Kriegs„herrlichkeit" fiel der Achtstundentag auch vielen „in den Schoß", die bei dem jahrzentelangen opfer- und mühevollen Ringen der Arbeiterorganisationen um ihn untätig beiseite gestanden hatten. Als der eiserne Reif fiel, der bis zur Revolution gewaltsam alle aufstrebenden Kräfte niederhielt, wußte ein Teil der Arbeiterschaft leider, leider von der erhaltenen größeren Freiheit nicht den rechten Gebrauch zu machen. Die schweren, materiell, seelisch und geistig niederdrückenden Folgen sind bekannt genug.

Aber nun flammt ja zur Freude aller Unterdrückten in unseren Tagen die heilige Liebe zum Achtstundentag überall wieder nachhaltig auf und das ernste Bestreben, ihn wieder voll zu erringen. Möge der 1. Mai in diesem wirtschaftlichen Jammerjahr 1924 eine umfassende, erhebende, feierliche Kundgebung für den Arbeiterschutz werden, für den Achtstundentag und den Weltfrieden, zum Schutz der ausgebeuteten Arbeiter in allen Ländern, zur trotzigen Fehde aber dem Kapitalismus, der, ob er schon frecher denn je sein Werk betreibt, auch der eigenen Götterdämmerung allem Anschein nach recht nahe ist!

W. H.

Mahnwort zur Reichstagswahl

Was für die Gewerkschaften auf dem Spiele steht

Der alte Reichstag ist tot, ein neuer soll am 4. Mai erkoren werden. Über seine Zusammensetzung haben die Wähler zu entscheiden. Soviel steht heute schon fest: Wenn die Reaktion den Sieg davonträgt, den sie erhofft, dann werden die Arbeiter Deutschlands um Jahrzehnte in ihrem Aufstieg zurückgeworfen werden. Besonders die Gewerkschaften werden dort wieder anfangen müssen, wo sie vor vierzig Jahren begonnen haben. Schon heute ist den reaktionären Kampfhähnen wieder der Kamm geschwollen, und dieselben Helden, die sich im November 1918 feige in die Mauselöcher verkrochen, reißen heute das große Maul auf und prahlen offen damit, daß sie die Novemberverbrecher zur Rechenschaft ziehen und daß sie Deutschland auf den Stand vor der Revolution zurückschrauben werden.

Zweifellos ist für die Gewerkschaften, als die Vertretung des Proletariats, der Ausfall der Reichstagswahlen von allerhöchstem Belang. Für die werktätige Bevölkerung als Staatsbürger und Staatsbürgerinnen ist es ungeheuer wichtig, daß unser Land vor äußeren und inneren Erschütterungen bewahrt bleibt, damit unser Wirtschaftsleben eine ruhige Entwicklung nimmt, denn nur in einer gesunden Wirtschaft sind die Unterschichten imstande, sich eine auskömmliche, gesicherte Lebensmöglichkeit zu erringen. Wenn die Wirtschaft darniederliegt und die Arbeitslosigkeit wie ein drückender Alp auf den Massen lastet, sind die wirtschaftlichen Kämpfe ganz oder teilweise zum Mißerfolg verdammt, nur während der Geschäftsblüte können sie erfolgreich geführt werden. Darum gilt es Front zu machen gegen das Säbelgerassel und das Revanchegeschrei der Nationalisten, darum gilt es einzutreten für eine Völkerverständigung auf Grund internationaler Vereinbarungen.

Ebenso müssen die Gewerkschaften Front machen gegen die Gewalttaktiker von rechts und links, die das Schreckgespenst eines Bürgerkrieges an die Wand malen und auf dem Rücken der Volksmassen ihre Kämpfe führen wollen. Das deutsche Volk hat genug Blutopfer gebracht und hat keine Lust mehr, mit seinem Blute und seinen gesunden Gliedmaßen die Kosten des Gewaltwahnsinns zu bezahlen. Mögen die Kampfhähne nach der Wüste Sahara auswandern und sich dort gegenseitig die Köpfe blutig schlagen — uns aber sollen sie gefälligst in Ruhe lassen.

Nicht minder auch ist für uns Gewerkschafter von hohem Belang eine freiheitliche Entwicklung innerhalb unserer Staaten und Gemeinden. Die Forderungen und Bestimmungen unserer Reichsverfassung sind erst zum kleinsten Teile erfüllt worden, es harren noch wichtige Aufgaben ihrer Erfüllung. Auf dem Gebiete des Schul- und Erziehungswesens, auf dem Gebiete des Rechtslebens, des Gesundheits- und Wohnungswesens und auf zahlreichen anderen Gebieten ist noch große, zähe Arbeit vonnöten. Bekanntlich genügt es nicht, Gesetze zu erlassen und Anordnungen zu treffen, es muß hinzukommen, daß sie auch sachgemäß und gerecht durchgeführt werden. Soll das geschehen, so müssen die proletarischen Schichten Einfluß gewinnen auf die Verwaltung. Und das können sie nur, wenn sie eine starke parlamentarische Vertretung haben, die nicht nur gute Gesetze macht, sondern auch ihre Durchführung überwacht. Wer das Schicksal der Abbau- und Steuerverordnung und ihre Anwendung durch die reaktionären Bürokraten verfolgt hat, der weiß, wie sehr es darauf ankommt, Leute in den Verwaltungskörpern zu haben, die proletarisches Empfinden und soziales Verständnis besitzen.

Vor allen Dingen muß der Einfluß der Proletarierschichten auf dem Gebiete der Sozialpolitik und des Arbeitnehmerschutzes gestärkt werden. Schon heute ist er viel zu schwach, woraus sich das Vorgehen des von der Reichsregierung unterstützten Unternehmertums erklärt. Als ein Signal, das uns sagt, wieviel die Glocke geschlagen hat, dient der Kampf der Scharfmacher gegen den Achtstundentag und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Wirtschaftsleben. Einem klassen- und selbstbewußten Proletarier steigt die Zornesröte auf, wenn er sehen muß, mit

welcher Frechheit diese Leute ihre Absichten enthüllen und mit welcher Rücksichtslosigkeit sie ihren Willen durchzusetzen suchen. Sie fühlen sich bereits wieder als die „Herren im Hause" und als schrankenlose Diktatoren, die dem Proletariat das Knie auf die Brust setzen. Trotzdem jeder Volks- und Weltwirtschaftler weiß, daß die Beibehaltung des Achtstundentags aus wirtschaftlichen Gründen geboten ist, treibt der Machtkitzel diese Leute dazu, den Achtstundentag, die segensreichste Errungenschaft, einfach zu vernichten, mag auch unser ganzes Wirtschaftsleben dabei vor die Hunde gehen. Und trotzdem jeder einsichtige Soziologe davon überzeugt ist, daß die Mitwirkung der Arbeitnehmer an der Ausgestaltung und Verwaltung eines Betriebes eine wohltätige, ertragssteigernde Wirkung ausübt, weil sie die innere Anteilnahme der Mitarbeiter am Betrieb fördert, wollen die Scharfmacher die Proletarier wieder zu rechtlosen Sklaven machen und auf der Knechtschaft der Massen ihre Alleinherrschaft aufrichten.

Es ist eine Sünde und Schande, daß das deutsche Proletariat infolge seiner Uneinigkeit dazu verurteilt ist, mit ansehen zu müssen, wie frech und brutal sich diese modernen Sklavenhalter gebärden. Muß nicht jeder ehrliche Proletarier schamrot werden bei dem Gedanken, daß er mitschuldig ist an dieser Rückentwicklung von der Freiheit zur Knechtschaft, und muß er nicht in sich den festen Willen fassen, dieser Schmach ein Ende zu machen? Hier hilft kein Faustballen und Zähneknirschen, auch das Schimpfen und Putschen ist wertlos, nur ein geschlossener Kampf auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete vermag Abhilfe zu schaffen.

Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes bahnt sich gleichfalls ein Rückschritt an. Die Fürsorge für die jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge sowie für die Arbeiterinnen, der Schutz gegen die Gefahren für Gesundheit und gesunde Gliedmaßen innerhalb der Betriebe läßt viel zu wünschen übrig, und wie die Erwerbslosen, die beklagenswerten Opfer einer wahnsinnigen Wirtschaftsweise, heutzutage behandelt werden, schreit geradezu zum Himmel. Und dabei kann es keinem Zweifel unterliegen, daß es in dieser Beziehung noch viel, viel schlimmer werden wird, wenn Reaktion und Ausbeutertum die Mehrheit im Reichstag bekommen sollten. Darum gilt es auch hier, die Rückwärtsentwicklung zu hemmen und in eine Vorwärtsentwicklung umzuwandeln. Dieser Umschwung kann sich aber nur vollziehen, wenn das deutsche Proletariat am 4. Mai seine Schuldigkeit tut.

Wie aus Zeitungsmeldungen hervorgeht, hat der Reichsverband der deutschen Industrie durch seinen Vorsitzenden Dr. Sorge, der im Direktorium der Krupp-Aktiengesellschaft sitzt, erklären lassen, daß das Hauptziel des deutschen Unternehmertums sein müsse, **die politische Macht der Gewerkschaften zu brechen und ihren politischen Einfluß zu beseitigen.** Demgegenüber muß die deutsche Arbeiterklasse danach streben, die politische Macht der Gewerkschaften zu steigern und ihren politischen Einfluß zu stärken. Politik und Wirtschaft stehen bekanntlich in einer ununterbrochenen Wechselwirkung, das wirtschaftliche Leben eines Volkes wird aufs stärkste von der Politik beeinflußt und darum erscheint es als eine Selbstverständlichkeit, daß auch die wirtschaftlichen Organisationen der Gewerkschaften sich um Politik kümmern. Alles in allem genommen, muß also am 4. Mai die Parole lauten: **Nieder mit der politischen und wirtschaftlichen Reaktion, freie Bahn dem proletarischen Willen zum Aufstieg!**

Ford kommt

In den kommenden Monaten wird der deutsche Automarkt der Schauplatz eines äußerst heftigen Wettbewerbs werden. Henry Ford, der amerikanische Autokönig, steht im Begriff, in Deutschland Fuß zu fassen. Die hinter den Kulissen geführten Kämpfe sind zugunsten Fords entschieden. Die Aufhebung der Einfuhrsperre für Automobile ist nur eine Frage kurzer Zeit. Die deutsche Fahrzeugindustrie sucht die Freigabe der Einfuhr möglichst zu verzögern.

Wohl in keiner Industrie verursacht die Aufhebung der Einfuhrsperre soviel Aufsehen und Nervosität wie in der Automobilindustrie, obwohl man nach außen Ruhe und Gleichgültigkeit zur Schau trägt. Zum ersten Male hat sich diese deutsche Industrie im eigenen Lande eines Wettbewerbs von Bedeutung zu erwehren. Nicht nur, daß Ford wirtschaftlich und technisch eine starke Macht darstellt, ist er auch auf sozialem Gebiet dem deutschen Unternehmertum überlegen. Wirtschaftlich und technisch durch seine neuzeitliche, bis ins kleinste durchdachte Massenerzeugung sowie durch die Beschränkung der Herstellung auf einen Typ. In seinen Werken in Amerika und im Auslande beschäftigt er rund 156 000 Menschen, die den Tag etwa 9000 Autos herstellen, während es die deutsche Industrie im Jahr kaum auf 30 000 Wagen bringt. Außerdem ist bei Ford der Grundsatz maßgebend: Großer Umsatz — kleiner Gewinn, während in Deutschland eher das Gegenteil der Fall ist. In sozialer Hinsicht steht Ford ebenfalls auf einem überlegenen Standpunkt. Bei achtstündiger Arbeitszeit beträgt der Mindestlohn 6 Dollar (25,20 M) täglich.

In den führenden deutschen Handelszeitungen wird nicht ohne Besorgnis die Frage erörtert, wie sich die deutsche Autoindustrie gegenüber diesem drohenden ausländischen Wettbewerb einstellt. Obgleich der Kampf um die Einfuhr schon längere Zeit geführt wurde, also längst mit einer Aufhebung der Einfuhrsperre zu rechnen war, war bis vor kurzem in der Öffentlichkeit von einer Umstellung unserer Werke nicht viel zu merken. Doch scheint man jetzt der Sache nähertreten zu wollen. Der Reichsverband der Autoindustrie wehrt sich gegen einen überstürzten Abbau der Einfuhrsperre. Er begründet dies mit der zurzeit im Gang befindlichen Umstellung der Fahrzeugindustrie. Was die Unternehmer unter Umstellung verstehen, wird jedoch nicht gesagt. In letzter Zeit spielten jedenfalls die Verlängerung der Arbeitszeit und die Niederhaltung der Löhne eine wesentlich größere Rolle als die Anpassung der Konstruktion und Produktion an die neuesten Erfordernisse. Will die deutsche Kraftwagenindustrie erfolgreich den Wettbewerb mit dem Ausland aufnehmen, so muß sie sich dem Markt mehr als seither anpassen. Bei den Preisen, die diese Industrie fordert, ist ein erfolgreicher Kampf unmöglich. Teure Qualitätsarbeit, hohe Frachten, hohe Kohlenpreise und sogenannte steuerliche Belastung reichen zur Begründung der hohen Preise nicht aus. Jedenfalls werden diese Ausgaben durch die verhältnismäßig hohen Transportkosten und Zölle, die Ford zu tragen hat, ausgeglichen. Zudem steht fest, daß die Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeiters gestiegen, während sein Lohn weit unter dem Friedensstand geblieben ist und günstigstenfalls den vierten Teil des amerikanischen Lohnes beträgt.

Bis jetzt war die Herstellung von Kraftwagen sehr einträglich. Deshalb wird sich die Industrie zu einer erheblichen Schmälerung des Profits wohl verstehen können und müssen, was übrigens auch volkswirtschaftlich von Nutzen sein wird. Die Normalisierung, Typisierung und Spezialisierung hat in der Kraftwagenindustrie lange nicht die Verbreitung gefunden, als man anzunehmen berechtigt war. Da sicher mit einem Preissturz auf dem Automarkt zu rechnen ist, wird hier eine gründliche Umstellung notwendig sein. Die Beschränkung der Herstellung auf eine oder doch einige wenige Typen, Normalisierung der Teile, die eine Erzeugung in Spezialfabriken gestatten, Zusammenschluß größerer Werke, Anschluß an die Rohstoffquellen, zum Beispiel Rahmenbau an Stahl- und Walzwerk und ähnliches mehr, dürften sicher die Wettbewerbsmöglichkeit steigern. Besonders brennend erscheint aber auch die Frage der Konstruktion. So schreibt die Berliner Börsen-Zeitung folgendes:

„Wohl steht in Frage, ob die in Deutschland ausgeführten Konstruktionen noch derartige sind, daß sie mit Erfolg den Wettbewerb aufnehmen können. Wir kennen in Deutschland Wagen, die wir unterscheiden nach 6, 7, 8, 9, 10, 12, 14, 16 und 17 PS. Der Ausländer kennt diese Größenbezeichnungen nicht. International hat sich mehr herausgeschält, nach Hubvolumen zu rechnen."

Nachdem das Berliner Blatt noch näher auf die Leistungsfähigkeit der ausländischen Wagen eingegangen ist, fährt es fort:

„Hinzu kommt, daß im gesamten Ausland sich Konstruktionseigentümlichkeiten durchgesetzt haben, die den deutschen Konstruktionen noch fern sind. Wenn die Frage, ob oben oder unten gesteuerte Ventile, noch nicht endgültig entschieden ist, so ist doch das eine immerhin sicher, daß Motore mit unten gesteuerten Ventilen ohne abnehmbaren Kopf im Ausland undenkbar sind. Der abnehmbare Kopf, der eine völlige Bearbeitung aller Teile gestattet, ist eine Konstruktion, deren Fehlen bei deutschen Wagen befremdlich anmutet. Noch schlimmer ist es mit der Blockkonstruktion. Es gibt wohl im Auslande keinen Wagen, bei dem Motor und Getriebe nicht in einem Block vereinigt sind. Die Wagentypen, die in Deutschland diese seit 1912 im Ausland eingeführte Konstruktion zeigen, sind an den Fingern einer einzigen Hand abzuzählen. Finden sich doch sogar in Deutschland Konstruktionen, welche noch heute die Lichtmaschine nicht organisch eingebaut, sondern mit Riemenantrieb haben."

In Amerika kostet ein fünfsitziger Fordwagen 360 bis 365 Dollar, also etwa 1500 M. In Deutschland wird man mit einem Verkaufspreis von etwa 2000 M zu rechnen haben, bei 40 v. H. Anzahlung und günstigen Monatsraten. Zuerst werden die Firmen, die Kleinautos herstellen, den Wettbewerb durchzufechten haben, da neben Ford noch andere, nicht nur amerikanische Firmen leistungsfähige Kleinautos sehr viel billiger auf den Markt bringen. Gelingt es, wie geplant, die Karosserie der Fordwagen dem deutschen Geschmack anzupassen, so haben wir auch bei den Luxusautos mit einer Abwanderung von Käufern zu rechnen. Außerdem ist ein scharfer Kampf bei den Luxuswagen mit dem sehr leistungsfähigen Ausland vorauszusehen.

Während wir bisher nur lose Verbindungen (Verkaufsorganisationen usw.) in der Kraftwagenindustrie beobachten konnten, scheint jetzt unter dem Druck der Verhältnisse ein fester Zusammenschluß einiger führender Werke Tatsache zu werden. So ist eine Verbindung der Daimler- und Benzwerke so gut wie abgeschlossen. Die Rheinmetall- und Hansa-Lloydwerke sind an diesem Zusammenschluß ebenfalls beteiligt. Dies ist wahrscheinlich erst der Anfang einer Zusammenballung in der Kraftwagenindustrie. A. B.

Wiedergutmachung — Geldknappheit — Baumarkt

Es hat in der Öffentlichkeit eine gewisse Überraschung hervorgerufen, daß die Spitzenorganisation der deutschen Industrie durch den Mund Dr. Sorges erklären ließ, daß auch sie die Vorschläge der Sachverständigen als Basis für weitere Verhandlungen so rasch anerkannte. Wer die Verhältnisse in der Industrie des besetzten Gebietes und besonders im Ruhrrevier näher kennt, wird sich jedoch über diese Bereitwilligkeit nicht so sehr wundern. Die Industrie hat sich jedenfalls durch die Erklärung Dr. Sorges die Möglichkeit einer Fortführung der Mirumverhandlungen gesichert. Hierbei handelt es sich, besonders für den Ruhrbergbau, um eine schwere Schicksalsfrage. Bis zum 15. April mußten die Ruhrzechen 35 bis 45 v. H. der geförderten Kohle ohne jede Bezahlung an die Micum abliefern. Das auszuhalten, war auch für die bestbegründeten Werke ein Ding der Unmöglichkeit. Allen drohte die völlige Stillegung infolge Mangels an Betriebskapital. Es mußte also danach gestrebt werden, um der Werke wie um der Belegschaften willen, eine Lösung zu finden, die bis zur endgültigen Klärung der Reparationsfrage wenigstens einigermaßen den Fortgang der Arbeiten sicherte. Die Beschaffung des Betriebskapitals ist heute überhaupt für die deutsche Industrie die entscheidende Frage. Im 1. Vierteljahr 1924 hat die Wirtschaft die ihr zur Verfügung stehenden Rentenmarkkredite zum weitaus größten Teile aufgebraucht. Sie ist nunmehr, sofern nicht in absehbarer Zeit ausländisches Kapital hereinkommt, ganz auf sich gestellt. Die Kredite der Golddiskontbank kommen eigentlich nur für die Ausfuhrindustrien in Frage, so daß die Unternehmungen, die für den Inlandsmarkt arbeiten, und vor allem auch die Landwirtschaft vorläufig keine Möglichkeit haben, sich fremde Gelder für ihre Produktion zu beschaffen. Diese Sache ist für die weitere Gestaltung des Arbeitsmarktes von ungeheurer Tragweite. Eine durchgreifende Besserung der Verhältnisse am Arbeitsmarkte kann nicht von der Warenherstellung allein ausgehen, sie ist nur denkbar, wenn die ganze Wirtschaft von der Seite des Baumarktes stärkere Anregungen empfängt. Wir stehen bereits wieder am Beginn einer Bauzeit, ohne daß eine Hoffnung auf starke Bautätigkeit gegeben wäre. Die wenigen Landhaus- und Siedlungsbauten, die bisher in Angriff genommen wurden, bedeuten für den gesamten Baumarkt und für die Industrie, die von ihm Aufträge erwartet, nicht viel. Der ungeheure Bedarf an Wohnungen würde, wenn die Gelder sich beschaffen ließen, auf Jahre hinaus eine außerordentlich lebhafte Bautätigkeit rechtfertigen. Kommen wir mit unseren Gegnern zu einer Einigung in der Reparationsfrage, so wird ausländisches Kapital auch für den deutschen Baumarkt in gewissem Umfange erhältlich sein. Vor allem dürfte auch die Industrie in die Lage kommen, die bisher infolge Geldmangels zurückgestellten Ergänzungs- und Neubauten in Angriff zu nehmen. Erst wenn das möglich wird, kann man mit einer wirklichen Besserung der Lage des deutschen Arbeitsmarktes rechnen.

Die spanischen Marktspekulanten sind wild

wegen ihren Verlusten. Sie haben sich, so lesen wir im Brüsseler Peuple, eine Abwehrorganisation geschaffen, die von der deutschen Reichsbank die Deckung der Markverluste erzwingen soll. Zu diesem löblichen Zweck suchte der Berliner Vertreter der spanischen Zeitung El Sol Herrn Glasenapp auf, wurde jedoch von diesem spazieren geschickt mit der Weisung, daß Mark Mark sei und den Spaniern ihre Mark zu dem Satze 1 Billion Mark = 1 Goldmark eingewechselt werden könne. Darob höllischer Zorn bei den spanischen Kapitalisten. El Sol erinnert daran, welchen Dienst die spanischen Patrioten erst dem kaiserlichen und dann dem republikanischen Deutschland geleistet haben, indem sie unverdrossen Mark gehamstert und unwandelbar auf den Sieg Deutschlands gebaut hätten. Die spanischen Kapitalisten werden natürlich den Vorwurf weit von sich weisen, sie hätten nur Mark gehamstert, um dadurch gut zu verdienen oder sich am deutschen Elend zu bereichern, sondern sie behaupten, es aus reiner Liebe zu Deutschland, dem armen, getan zu haben. Die Landsleute Don Quichottes können sich mit diesem trösten, der ja auch erfahren mußte, daß närrische Liebe zuweilen recht teuer zu stehen kommt.

Das Achtstundenübereinkommen

Das internationale Übereinkommen betreffend den Achtstundentag und die 48-Stundenwoche in gewerblichen Betrieben ist in jüngster Zeit in den Parlamenten verschiedener Staaten behandelt worden. Kürzlich erklärte der britische Arbeitsminister Tom Shaw im Unterhaus, er werde in nächster Zeit einen Gesetzentwurf einbringen, welcher dieses Übereinkommen betrifft. In Österreich gab der Nationalrat dem Washingtoner Übereinkommen über den Achtstundentag die verfassungsmäßige Genehmigung unter dem Vorbehalt, daß das Übereinkommen dann in Kraft tritt, wenn es von den europäischen Mitgliedstaaten der internationalen Arbeitsorganisation, denen die größte industrielle Bedeutung zukommt (Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien), und von sämtlichen mit Österreich in wirtschaftlichem Verkehr stehenden Nachbarstaaten (Jugoslawien, Polen, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn) ratifiziert worden ist. In Britisch-Columbien kam ein Achtstundentaggesetz zustande, das der vorbehaltlosen Annahme der Bestimmungen des in Rede stehenden Übereinkommens entspricht. Es ist dies bisher die einzige Provinz Kanadas, die ein solches Gesetz besitzt. Bestrebungen zur Verlängerung der gesetzlichen Arbeitsdauer wurden in der Schweiz und in Belgien abgewehrt.

Aus Schriften Walter Rathenaus

Früher habe ich die Gesinnungen und Ziele beschrieben, denen wir entgegenstreben, heute weise ich euch den friedlichen Kampf, dessen Beginnen vielleicht, dessen Ende ich nicht erleben werde. Es ist der Kampf um die Seele unseres Volkes, sein erstes Ziel ist Würde, Adel und Herrentum. Es gibt eine deutsche Sendung auf Erden. Sie ist nicht die Sendung des Militarismus, sie ist auch nicht die Sendung der Mechanisierung und der Technik, obwohl sie diese Nützlichkeit nicht verschmäht, sie ist am wenigsten die Sendung der Weltherrschaft. Sie ist die Sendung, die sie immer war und immer sein wird: die Sendung des reinen, unbestechlichen, unbeirrbaren und unerbittlichen Geistes. Diese Sendung fordert nicht Emanzipierte und Untergebene, sondern adelige Männer. Es ist nicht unsere Sache (wie früher), die Kellner, Barbiere und Schneider für London und New York zu liefern, sondern als freie Männer auf freiem Boden brüderlich mit den Völkern zu reden und zu wirken, nicht um des billigen Nutzens, sondern um des Geistes und der Menschheit willen; ihnen zu bieten, was wir haben, und von ihnen zu empfangen, was wir brauchen.

Ein Besuch in den Fordwerken

Von Wilhelm C. Laube.

Die folgende Schilderung ist der Schweizerischen Metallarbeiter-Zeitung entnommen. Wir haben sie in nebensächlichen Dingen etwas gekürzt. Schriftleitung.

Fährt man die Woodward Ave., die Hauptgeschäftsstraße von Detroit, hinaus, so kommt man nach der Vorstadt Highland Park. Hier wird man bald die ins riesige sich erstreckenden Anlagen der Fordwerke gewahr. Gebäude um Gebäude erstreckt sich hier über eine Fläche von 300 Acker Land, wovon etwa 123 Acker mit Fabriken bebaut sind. Alles schmucke, solide und freundlich aussehende Gebäude. Sonnenschein, Tageslicht, sanitäre Einrichtungen, Reinlichkeit fallen dem Besucher sofort ins Auge. Riesige Bürogebäude dienen den Verwaltungszwecken. Man tritt in die für Besucher bestimmte Vorhalle hinein und findet eine bedeutende Menschenmenge, Herren und Damen, jung und alt, hier versammelt. Der Fremde glaubt zuerst, hier müsse heute etwas besonderes los sein, allein bald erfährt er, daß dies im Sommer etwas Alltägliches ist, denn ein Besuch in „Fords" ist für den durch Detroit reisenden Touristen ein Hauptzweck des Interesses. In Gruppen von 50, 75 oder 100 Besuchern werden die Fremden durch die interessantesten Abteilungen der Werke geführt und nehmen einen bleibenden und lebhaften Eindruck von dem Riesenbetrieb mit nach Hause.

Mäuseartig sieht es aus, wie hier die hundertausend Räder und Rädchen alle ineinandergreifen; buchstäblich ist es hier wahr:

Tausend fleißige Hände regen
Geschwind sich im muntern Lauf,
Und durch feurriges Bewegen
Werden alle Kräfte auf.

Von den Hochöfen am River Rouge kommen die Stahl- und Eisenbarren; unter gewaltigen Dampfhämmern werden sie hier geschmiedet und bearbeitet, bis die rohe Masse Gestalt annimmt. Auf mächtigen Drehbänken wälzen sie sich, und zischend fliegen ringsherum die Funken, indem sie hier gedreht, geglättet und für den Zweck zubereitet werden. Durch unzählige Maschinen wundersamer Art gehen die verschiedenen Teile, wo jegliches nach seiner Art für seinen besonderen Zweck zubereitet wird. Auf überhängenden Geleisen fährt fortwährend in gleichem Tempo eine Art Schwebebahn, und sie führt mit sich von einer Abteilung zur andern die verschiedenen Teile. Für die schwereren Stücke ist eine ähnliche Bahn in bequemer Höhe über der Erde angebracht. Rechts und links sind nun die Arbeiter, tüchtige, rührige Menschen, deren Hände nicht ruhen, deren Augen wacker sein müssen, daß ihnen nichts entgeht. Jeder hat seine besondere Aufgabe; für sie allein ist er verantwortlich, ihr muß er aber auch völlig gewachsen sein. So wie jeder Teil kommt, wird er von dem für ihn bestimmten Arbeiter ergriffen, wird dem Ganzen in seinen bestimmten Platz eingefügt und wandert nun weiter. Und doch dabei keine Hast, alles in Ordnung; Eile, aber nicht Aufregung, Schnelligkeit, aber keine Überstürzung. Alle vier Sekunden etwa für jeden aufständigen Arbeitstag rollt ein Fordauto zu den Toren der Werke hinaus, bereit, seinen unermüdlichen Dienst anzutreten, sei es zum Geschäft oder zum Vergnügen, sei es in Amerika oder Afrika, in Asien oder Europa.

Eine Großzügigkeit geht durch das Ganze, die nichts weniger als genial ist. Henry Ford will seine Industrie auf felsenfestes Fundament gründen, und in diesem Bestreben hat er sich von den verwandten Industrien fast unabhängig gemacht. Draußen am River Rouge hat er riesige Schmelz- und Koksöfen. Auf einem eigens dafür erbauten Kanal bringen seine Schiffe das Erz und die Kohlen aus seinen eigenen Minen; die Ford-Eisenbahn, ein System von über 500 Meilen, befördert die Kohle zu Land und macht Verbindungen mit den wichtigsten Eisenbahnnetzen des Landes. Im nördlichen (Staate) Michigan und an andern Orten besitzt Ford Erzlager und Waldungen von riesiger Ausdehnung, in Kentucky und Virginia Kohlenlager, die zu den größten des Landes zählen, an verschiedenen andern Orten Sägereien, die an die 200 000 Acker geschätzt werden. Und dies alles muß dazu dienen, um seine Automobilindustrie auf eine möglichst sichere Basis zu stellen. Machen die Kohlenbarone zu hohe Forderungen, Ford hat seine eigene Kohle; ist ihm Holz oder Eisenerz zu teuer, auf seiner eigenen Eisenbahn oder in seinen eigenen Schiffen wird es ihm zugeführt. Es waren die Glasfabrikanten, die in den guten Zeiten ihr Schäfchen auch gern scheren wollten. Doch Henry Ford gehört in solchen Sachen nicht zu den geduldigsten Schäflein. Er sichert sich etliche Sachverständige, läßt die ganze Glasindustrie, soweit sie für seine Zwecke in Betracht kommt, einem gründlichen Studium unterwerfen und baut in Highland Park eine musterhafte Glashütte, die bedeutende Vorzüge besitzt. Eine andere Glasfabrik ist in Rockford, Mich., eine weitere in Glassmere, Pa.; am River Rouge wird gegenwärtig eine gebaut, die viermal so groß werden soll wie die in Highland Park. Und dies alles nur für den Glasbedarf der Fordwerke!

Am 16. Juni letzten Jahres haben die Fordwerke ihr zwanzigjähriges Bestehen gefeiert. Wohl selten oder nie in der Geschichte hat eine Industrie in so kurzer Zeit einen so fabelhaften Aufschwung genommen. Im Juni 1903 wurde das erste Fordauto gebaut. Im ganzen wurden in jenem Jahre 1708 Autos hergestellt. Im Jahre 1922 belief sich die Zahl auf 1 351 333. Dabei kann die Erzeugung mit der Nachfrage lange nicht Schritt halten. So konnten zum Beispiel letzten Juni nur wenig mehr als 50 v. H. der Autos und Kraftwagen geliefert werden, für die tatsächlich Bestellungen eingelaufen waren. Nicht allein ist die Herstellung von Fordautos beständig im Steigen begriffen, sondern ebenso die von Fordson Tractors (Schlepper für Landwirtschaft) und von dem Lincoln-Auto, einem modernen Kraftgefährt von höchster Vollendung und Leistungsfähigkeit.

Die Herstellung der Fordmaschinen stellt einen Triumph moderner Ingenieurkunst dar. Durch strenge Angliederung einer Abteilung an die andere, durch harmonisches Zusammenwirken aller Kräfte, durch die neuesten Errungenschaften der Technik wird eine Leistungsfähigkeit erzielt, die selten erreicht, wohl kaum übertroffen ist.

Ford glaubt nicht an Almosen, wohl aber an guten Lohn. Dies ist ihm die beste Grundlage für die Wohlfahrt des Arbeiters. Der geringste Lohn für den Achtstundentag ist 6 Dollar gegenwärtig. Lohnerhöhungen treten automatisch ein mit erhöhter Leistungsfähigkeit. Überall die besten Schutz- und Vorsichtsmaßregeln für die Arbeiter. Die Fabriken haben die modernsten Einrichtungen in bezug auf Sanität. Man bekommt den Eindruck, daß hier der Arbeiter nicht nur eine „Kraft" ist, sondern ein Mensch. Jedermann kann Arbeit be-

Der König der Spekulanten †

F. K. Am Kriege klebt Blut und Fluch. Er bringt auch denen wenig oder gar keinen Segen, die ihn entfesseln und die aus ihm politischen und Geldgewinn ziehen oder zu ziehen hoffen. Der Völkermord ist für die Gekrönten, Minister und Politiker, die für ihn durch ihr Tun oder Unterlassen verantwortlich sind, als auch für die Militaristen, Völkerverheher und Granatenfänger, die nach goldiger Kriegsernte lugen, ein fragwürdiges Geschäft. Jedenfalls ist nach dem fürchterlichsten aller Massenmorde nur sehr wenigen von den Kriegsschuldigen und Kriegsgewinnlern ein ruhig genießendes Leben vergönnt. Freund Hein hat in den paar Jahren nach der namenlosen Blutkur unter den Kriegsberüchtigten beider Seiten gewaltig aufgeräumt. Zu den Herren von Gottes Gnaden hat er auffällig viele Exzellenzen in Uniform und Ministerfrack in die Grube gelegt, und was er verschont hat, ist rasch eines politischen oder moralischen Todes gestorben. Andern scheint das Absterben nur deswegen erspart geblieben zu sein, damit sie Zeit und Gelegenheit haben, etwaigen Zweifel an ihrer Nichtswürdigkeit oder Schwachsinnigkeit noch vollends zu zerstreuen. Und sie tun, wie eine Betrachtung ihres Tuns lehrt, ihr Möglichstes, den einzigen Daseinszweck, den eine nachsichtige Nemesis ihnen gelassen, rücksichtslos zu erfüllen. Das gilt für Generale und zungenfertige Politikanter ebensowohl, wie für gewöhnliche und ungewöhnliche Kriegsgeldmacher. Es ist, als ob sie von einer magischen Gewalt getrieben würden, sonnenklar zu machen, daß sie selbst wie die Ordnung, die sie vertreten, den Fluch der Menschheit längst vollauf verdient haben.

Vor einigen Tagen ist nun auch der ungewöhnlichste von den gewöhnlichen Kriegsgewinnlern Europas, Hugo Stinnes, gestorben. Ziemlich plötzlich und sicherlich viel zu früh für die Seinen und sein Geschäft. Darob ist an seiner Bahre laut geklagt worden. Seine Grabredner meinten, dieser Tod bedeute für die deutsche Industrie einen unersetzlichen Verlust und das deutsche „Volk habe einen seiner Besten verloren". Man braucht diese Behauptungen nicht gerade auf das Gebot, von einem Toten nur Gutes zu reden, zurückzuführen. Die Grabredner mögen mit ihrer der Volksmeinung so widersprechenden Ansicht aus dem Grunde nicht Unrecht haben, weil sie unter Industrie nur deren Nutznießer, unter Volk nur dessen kapitalistischen Teil verstehen.

Ob der verstorbene Großindustrielle einer der Besten des Volkes genannt werden darf, dafür gibt es einen ziemlich sicheren Maßstab, nämlich die Art der Teilnahme des Volkes an seinem Heimgang. Die Volksseele ist mit einem feinen Witterungsvermögen ausgestattet, das über alle Beeinflussung hinweg sehr gut die Volksbesten von den andern zu unterscheiden vermag. Dies läßt sich an vielen Beispielen nachprüfen: Walter Rathenau, der Standesgenosse Stinnes', war sicherlich der Volksmasse gesellschaftlich und wirtschaftlich so entfernt wie irgendein Industriekapitän, und er ist den Dornenweg der unteren Schichten bestimmt ebensowenig gewandelt wie andere Großkapitalisten. Und dennoch trauerte bei seinem Tode die Volksmasse so ehrlich und so allgemein, daß man getrost von einer Volkstrauer reden kann. Wie hoch Rathenau in der Erinnerung der Volksmasse steht, läßt sich an der Achtung ermessen, die seinem Andenken in Arbeiterversammlungen gezollt wird. An diesem Verhalten der Masse ist zu ermessen, ob sie Rathenau zu den Besten des Volkes zählt. Und an ihrem Verhalten bei Stinnes' Tod ist zu beurteilen, welchen Rang dieser im Volksbewußtsein einnimmt.

Ohne Zweifel war der Großindustrielle Rathenau wie der Industriekapitän Stinnes kapitalistischen Wesens. Indessen mit Unterschied. Die kapitalistische Natur Rathenaus wurde bewegt, gehoben von seltenem Geistesadel, ehrlicher Vaterlandsliebe, von dem Streben, der Menschheit einen Weg aus der kapitalistischen Drangsal zu weisen. Und als sich die Gelegenheit bot, für seine Ziele praktisch zu wirken, opferte er bedenkenlos Behaglichkeit, Schaffensruhe als auch die Wertschätzung seiner Standesgenossen. Die Erinnerung an Stinnes weiß von dergleichen nichts, um so mehr von dem blanken Gegenteil. Das öffentliche Auge sieht ihn, wie er zur Einverleibung von fremdem Land und Erdschätzen treibt, wie er in Belgien und Nordfrankreich Fabriken und Maschinen abbauen und in seine Betriebe schaffen läßt, wie er der deutschen Besatzungsmacht rät, fremde, unschuldige Menschen zusammenzutreiben und nach Deutschland in seine Fabriken in wahrhaftige Leibeigenschaft zu schleppen, wie er durch Wort und Tat und Unterlassung den Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet hervorruft und dann aus diesem namenlosen Unglück des Vaterlandes planmäßig Geldvorteil zieht, wie seine Presse jeden als Vaterlandsverräter brandmarkt, er selbst aber zu Düsseldorf um französische Bajonette gegen die Träger des Widerstandes wirbt, wie er der Arbeiterschaft, die die Last des Krieges und des Friedens opferwillig getragen hat, den Achtstundentag nimmt und ihre ohnehin schwache Lebensmöglichkeit durch Massenkündigung und Lohnkürzung abschnürt, kurz wie Stinnes, „des Volkes Besten einer," immer und immer Vaterland und Volk ins Unglück treibt und aus diesem Unglück bare Münze für die eigene Tasche und die seiner Klasse schlägt.

Das Geschlecht der Stinnes ist seit vielen Jahrzehnten an der Ruhr als ein hartes bekannt, hart in der Verfolgung ihrer Geschäfte, noch härter aber gegen die Arbeiterschaft. Den berüchtigten Standpunkt des „Herrn im eigenen Hause" hat es rücksichtslos vertreten. Zahlreiche Proletarierfamilien haben die schwere Faust der Stinnes zu spüren bekommen. Doch der großzügigste im Geschäftemachen, freilich auch der schlimmste gegen die Arbeiterschaft war der jüngst verstorbene Stinnes. Neue schöpferische Ideen oder eigene Erfindungen sind von ihm nicht bekannt. Er hebt sich aber insofern von seinesgleichen ab, als er den Gedanken von der Zusammenfassung der Produktion vom Rohstoff bis zur ganz fertigen Ware, auf „deutsch" vertikale Konzentration genannt, äußerst großzügig faßte und mit unleugbarem Erfolg verwirklichte. Zu seinen gewaltigen Erfolgen trug nun freilich der Krieg in äußerst hohem Maße bei. Der Völkermord mit seinem unermeßlichen Bedarf an Zerstörungsmitteln verschaffte der Berg- und Hüttenindustrie ein gewaltiges Übergewicht und nachhaltigen Einfluß auf Kriegsführung und Staatspolitik. Die eindrucksvolle Stimme der Schwerindustriellen durfte weder Regierung noch Heeresleitung überhören: Kein Friede ohne die flandrische Küste und ohne Longwy und Briey — und Tausende von Menschen wurden dem schwerindustriellen Machtwahn geopfert. Freilich umsonst.

Der entsetzliche Zusammenbruch des deutschen Heeres und Volkes kam — für Stinnes aber wurde er zur höchsten Geschäftsblüte. Die beginnende Geldentwertung wurde von dem weitschauenden Stinnes eifrig gefördert. Während andere Kapitalisten noch in Ungewißheit und Sorge darüber zergingen, wie der stetige Niedergang wohl enden werde, spekulierte Stinnes auf Niedergang, spekulierte er weitsichtig und beispiellos glücklich. Der König der Spekulanten machte Riesenschulden, borgte Milliardenhaufen von Papiermark, nutzte die Arterienverkalkung der Reichsbankleitung weidlich aus. Die geliehenen Milliarden zahlte er später mit ein paar Tausendmarkscheinen zurück. Mit dem geborgten Gelde kaufte er Zechen, Eisenhütten, Fabriken, Bahnen, elektrische Anlagen und Hotels und erstand in anderen Unternehmungen so viel Anteilscheine, um sie beeinflussen, beherrschen zu können. Bald besaß er Produktionszweige von der Kohle bis zur Stahlfeder. Diese Macht mußte vergrößert oder gefestigt werden. So kaufte er sich Zeitungen, um die öffentliche Meinung zu machen. Damit die Meinungsfabrik weiterfest werde, kaufte er rückwärts Wald für sein Holzpapier und Fabriken für Papierbereitung, kaufte er vorwärts Nachrichtenbüros, Telegraphengesellschaften und wirksame Federn. Bald war auch in der Meinungsfabrikation die vertikale Konzentration vollendet und dadurch die Macht, das Reich des Königs der Spekulanten fester begründet. Er ward zum gewaltigsten Mann Deutschlands, in dessen Diensten Hunderttausende von Proletariern fronten und dessen Winken Parteien, Politiker und Minister gehorchten.

Allerdings muß auch gesagt werden, daß Stinnes ein gut Teil seines Machtruhmes kirchten Zeitungsschreibern und Versammlungsrednern verdankt, die ihn zum Mann für alles machten, was die letzten Jahre unter dem deutschen Himmel Übles geschehen ist. Daß er eben auch nur ein Mensch mit dessen Schwächen und Begrenztheiten war, vermag das schärfer blickende Auge schon aus der Zusammenfügung seiner wirtschaftlichen Schöpfungen zu erkennen, von seinen politischen Taten, die arge Beschränktheit verraten, ganz zu schweigen. Die wirtschaftlichen Gründungen sind viel zu hastig, zu planlos aneinandergefügt, als daß sie nach einer wirtschaftlichen und politischen Wetterwende widerstandsfähig genug wären oder von weniger geschickten Händen so zusammengehalten werden könnten, um geziemend ertragreich zu sein. Zu diesen Fehlern ließen sich leicht noch viele andere fügen. Doch kann uns dies nicht hindern, zu sagen, daß Hugo Stinnes als Industrieller und Spekulant weit über seine Kreise hinausreicht und daß sich ein Mann von seinem Format nicht mit den kleinlichen Schäbigkeiten der Mehrzahl der deutschen Unternehmer abgab, nicht abgeben konnte. Er bedurfte seiner Zeit und Fähigkeit zu hohem Ziele, zum Ruhme seines Geschlechtes und seiner Klasse.

Einer kühnen Skrupellosigkeit verdankt Stinnes sein geschäftliches Glück, freilich auch sein vorzeitiges Ende. Wenn man einer Meldung trauen darf, hat seine schwere Sorge um die Micum-Verträge seine körperliche Widerstandskraft dermaßen geschwächt, daß er sein Leiden oder die Folgen einer Operation nicht mehr zu überstehen vermochte. Micum-Verträge hätte es nicht gegeben, wenn es keine Ruhrbesetzung gegeben hätte. Der große Mitschuldige an der Ruhrbesetzung ist für die Micum-Verträge verantwortlich, und damit für das frühe Ende des 54jährigen Stinnes.

In der Tat: Es klebt Fluch und Blut am Kriege!

---

kommen, und es ist wohlbekannt, daß nicht wenige aus Strafanstalten Entlassene hier eine neue Existenz fanden. Die Leute werden zur Sparsamkeit angehalten. Bis zu einem Drittel ihres Lohnes können sie in Aktien der Gesellschaft anlegen. 6 v. H. Dividenden werden garantiert, wohl dreimal soviel werden meistens ausbezahlt. Für die Bedürfnisse der Leute wird aufs beste gesorgt. In der Mittagspause kommen Verkäufer mit Handwagen durch die Werke und bringen den Arbeitern zu einem Minimalpreis die notwendigen Lebensmittel: Brötchen mit Würsten, Milch, Obst usw., alles erste Qualität. Große Fleisch- und Kolonialwarenläden liefern den Leuten die Nahrungsmittel auf beste und möglichst billige Weise. Nachtschulen bieten Eingewanderten Gelegenheit, Englisch zu erlernen und sich in anderer Weise zu guten Bürgern des Landes vorzubereiten. Gewerbeschulen sind da für Knaben und Jünglinge, in denen sie den Automobilberuf von Grund auf lernen können. Die Bezahlung für den Anfang ist 18 Cents die Stunde. Theoretischer Unterricht und praktische Arbeit gehen Hand in Hand.

34 Zweiggeschäfte der Ford Motor Company sind über das ganze Land zerstreut. Mehr als 15 000 Ford Service Stations dienen dem Publikum mit den verschiedenen Forderzeugnissen. Fordwerke befinden sich in Kanada, England und Irland, Südamerika, Frankreich, Dänemark und anderen Ländern.

Wie weit die Leistungsfähigkeit der Fordwerke entwickelt ist, geht auch daraus hervor, daß in der Highland-Park-Anlage jährlich allein wenigstens 90 Millionen Fuß Holz durch richtige Behandlung und Ausnützung erspart werden. Nichts darf umkommen, auch nicht das kleinste Stückchen. 800 Mann arbeiten in drei Schichten 24 Stunden den Tag in Sägmühle, Holzlager usw. und verarbeiten das Holz für die verschiedenen Zwecke.

Eine große Anlage wird gegenwärtig in Green Island, N. Y., errichtet, die an Größe der Detroit-Anlage wenig nachstehen soll. Dort sind große Wasserkräfte, die entwickelt werden, und die Anlagen sollen dort so ausgebaut werden, daß sie in den Wintermonaten auch der Landbevölkerung Arbeit bieten. Desgleichen ist eine große Anlage in St. Paul im Bau begriffen, wo die Wasserkräfte des oberen Mississippi in den Dienst der Automobilindustrie gestellt werden. So hat Ford sein Auge auch auf viele andere Lagen gerichtet, in welchen Wasserkräfte entwickelt werden können; das Muscle Shoals-Projekt ist davon das bekannteste. Die Muscle Shoals-Wasserkräfte am Tennesseefluß sind vom amerikanischen Abgeordnetenhaus Ford für eine trinkgeldmäßige Summe zugesprochen worden. Es gab bei dieser Gelegenheit bissige Bemerkungen über die Freigebigkeit der Gesetzgeber. Ob der Senat ebenso freigebig wie das Unterhaus sein wird, steht noch dahin. Schriftlg. d. MZ.)

Henry Fords Unternehmungen gehen beinahe ins unendliche... Zu den vielen Nebenzweigen seiner Unternehmungen gehört die Fabrikation von Kohle, Benzol, Farbe, Leder, Aluminium, Zelluloid usw., und in seinem Laboratorium wird beständig experimentiert, und jeder Tag kann etwas Neues bringen. Außer Nahrungsmitteln führen die Fordläden auch Kleidungsstoffe für die Angestellten sowie Schuhe und andere notwendige Bedarfsartikel. Diese Geschäfte gehen ins Riesige. Ein Hospital, das er mit einem Aufwand von 5 Millionen gebaut hat, gehört zu seinen kleineren Unternehmungen.

Und dieser Mann fing auf die kleinste und bescheidenste Weise an. Er baute unter viel Mühe sein erstes Auto mit eigenen Händen. Er hatte große Schwierigkeiten, das notwendige Kapital zusammenzubekommen. Er fuhr sein Auto selber in Wettrennen und demonstrierte seine Leistungsfähigkeit. Er setzte einen neuen Maßstab für Arbeitslohn und für den Kaufpreis von Autos. Er baute eine Industrie auf, die einzig in ihrer Art dasteht. Er ist ein unermeßlich reicher Mann, man sagt, der reichste Mann der Welt geworden...

Ein verrückter Streik

Dem Berliner Tageblatt (14. April) wird berichtet:

Im Grafschaftsirrenhaus zu Donegal in Nordirland (nicht in Südbayern. Schriftlg. der MZ) streikt jetzt das Pflegepersonal. 600 Wahnsinnige leben in der Anstalt. Wenn sie niemand beaufsichtigt, wenn ihnen niemand zu essen gibt, das muß doch entsetzlich sein, nicht? Die Streikenden sind gut organisiert; als die Anstaltsleitung Streikbrecher kommen ließ, gelang es den ausständigen Wärtern, sie wieder zu entfernen. Da kamen von allen Seiten die Angehörigen der Wahnsinnigen herbei; sie wollten die Patienten lieber abholen, als sie ohne Aufsicht im Irrenhaus lassen.

Was aber taten unterdessen im Irrenhaus zu Donegal in Irland die 600 irren Iren? Etwas sehr Vernünftiges! Wenn die Wärter aufgeregt sind, die Tollhäusler bewahren die vollste Ruhe. Das Personal ist weggelaufen und hat die technischen Betriebe der großen Anstalt in Unordnung hinterlassen, die Heizanlagen, die Küchenapparate. Aber unter den Verrückten von Donegal ist ein Ingenieur, total wahnsinnig, unfähig, seinen Beruf auszuüben, seit 25 Jahren schon in der Anstalt. Dieser Mann nun ist hingegangen und hat mit Hilfe eines größenwahnsinnigen Maschinisten und einiger melancholischer Herzen alle die Apparate wieder in Betrieb gesetzt, eins, zwei, alles ist in der schönsten Ordnung, es kann geheizt, gebacken und gekocht werden. Ja, aber wer soll kochen, wer das Essen auftragen? Es melden sich 40 männliche und 30 weibliche Wahnsinnige als Köche und Aufwärter. Und siehe da, es kommen gänzlich unversalzene, es kommen normale Suppen zustande.

Ja, aber die Tobsüchtigen? 74 unheilbare Tolle sind in der Anstalt, in den verschlossenen Zellen. Die anderen Wahnsinnigen, die Sanften, die Trüben und diejenigen, die Gott oder der König von England zu sein glauben, beschließen mit sanfter Entschiedenheit, die wilden Kollegen weiter eingesperrt zu halten.

In diesem großen Irrenhaus hat jetzt nur ein einziger Mensch einen verwirrten Kopf, der Direktor. Der Mann versteht die Welt nicht mehr. Sein ganzes schönes Irrenhaus ist im besten Betrieb, und es wird von lauter Verrückten im Betrieb erhalten, die man unmöglich unter freien Menschen leben und arbeiten lassen konnte. Noch nie hatte Wahnsinn so viel Methode. In diesem ganzen unruhigen Irland gibt es heute nur einen ruhigen und musterhaft verwalteten Bezirk, das ist dieses Irrenhaus von Donegal. Die Geschichte gibt zu denken. Gibt zu denken, denken, denken. Man könnte irrsinnig werden, wenn man recht intensiv über sie nachdenkt.

Erdbeben und Arbeitslosigkeit in Japan

Über diese Sache finden wir in der auskunftsreichen Zeitschrift des Internationalen Arbeitsamtes Informations Sociales einen Aufsatz, den wir mit einigen Kürzungen hier folgen lassen:

Die Feuersbrunst, die das Erdbeben begleitete, hat Tokio und seine Nachbarorte in Asche gelegt. 300 000 Gebäude wurden zerstört, an die 2 Millionen Einwohner sahen sich ohne Herd und Obdach. Die nachhaltigen Anstrengungen der Regierung, die Ordnung wieder herzustellen und die Folgen des Unheils zu beheben, wurden in hohem Maße erleichtert durch die Haltung der Bevölkerung, die den Millionen Abgebrannten eifrig half. Die Hilfsbereitschaft der fremden Regierungen und Völker bildete gleichfalls eine Ermutigung. Dank der weltweiten Hilfe und der Kaltblütigkeit der Einwohnerschaft konnte die Krise überwunden und mit dem Wiederaufbau unmittelbar begonnen werden.

Der Schwierigkeit, die am dringendsten Lösung heischte, die Arbeitslosigkeit, wandte sich die behördliche Aufmerksamkeit besonders zu. Von den 29 274 Betrieben Tokios waren 12 900 vom Feuer vollständig zerstört, 53 teilweise verbrannt, 73 eingefallen und bloß 16 058 sind unversehrt geblieben. Nach dem Bericht des japanischen Gewerkschaftsbundes betrug die Zahl der Arbeitslosen 33 574, eine große Zahl geistiger Arbeiter hatte gleichfalls die Stellung verloren. Die Arbeitsnachweise wurden folgedessen von starken Menschenhaufen belagert. Von den 20 Nachweisen, die Tokio vor dem Erdbeben hatte, waren 12 zerstört, in Jokohama war nicht einer dem Unheil entgangen. Angesichts der kritischen Lage wurden in Tokio 20, in Jokohama 5 Arbeitsnachweise geschaffen. Vom 3. bis zum 20. September, also in den 17 dem Erdbeben folgenden Tagen meldeten sich 41 426 Personen bei den Nachweisen, 36 993 konnte Beschäftigung verschafft werden. Im Monat September ließen sich in Tokios Nachweisen 152 427 Männer und 313 Frauen einschreiben, von denen 58 424 Männer und 224 Frauen untergebracht wurden.

Vom 1. November an wurde die Verordnung der Eisenbahnen teilweise abgeändert zu dem Zweck, die Beweglichkeit der Arbeitskräfte für eine bessere Erfüllung besonderer Erfordernisse zu vergrößern. Den Arbeitern, denen von den Nachweisen ein Platz außerhalb des Wohnortes nachgewiesen ist, wird nun eine Fahrpreisermäßigung von 50 v. H. gewährt. Eine ähnliche Verfügung ist zugunsten der schiffreisenden Arbeiter erlassen, ausgenommen hiervon sind jedoch die Saisonarbeiter, die ohnehin den Wohnplatz regelmäßig wechseln und genügend hohe Löhne zur Bezahlung der gewöhnlichen Fahrpreise erhalten.

Der Einfachheit halber und um Ungerechtigkeiten zu verhüten (?), wurden in Tokio die Lohnsätze vereinheitlicht(?). Der Tagelohn beträgt Yen (1 Yen gleich 2 Goldmark):

	vor dem Erdbeben	heute		vor dem Erdbeben	heute
Zimmerleute	3,50	3,50	Kulis (Schwerarb.)	—	2,80
Steinhauer	4,50	3,50	„ (Leichtarb.)	2,01	2,—
Schmiede	—	3,—	„ (weibliche)	1,12	2,—

Das Amt für soziale Angelegenheiten hat ebenfalls eine tatkräftige Bewegung zwecks Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskräften eingeleitet. Die Losung ist: Gebt den Abgebrannten Beschäftigung! Das Amt bemüht sich auf seine Weise, den Erwerbslosen Arbeit zu besorgen, indem es Kraftwagen durch die Städte fahren läßt, die mit Plakaten bedeckt sind, worauf geschrieben steht: Gebt den Erdbebenopfern Arbeit! Diese Bemühung hat gute Ergebnisse zu verzeichnen. (Anmerkung der Schriftleitung der MZ: Man vergleiche den heutigen Tagelohn eines weiblichen japanischen Kulis (Taglöhnerin) — 2 Yen oder 4 Goldmark — mit dem heutigen Tagelohn eines deutschen Facharbeiters, wobei die größere Einfachheit und die verhältnismäßige Billigkeit des Lebensunterhaltes in Japan nicht außer acht zu lassen ist.)

Amerikanischer Maschinenbauer-Kongreß

Mit einer sehr starken Mehrheit haben die Maschinenbauer der Vereinigten Staaten (Association of Machinists) beschlossen, dieses Jahr ihren Verbandstag abzuhalten. Die Satzung bestimmt, daß mindestens alle vier Jahre ein Verbandstag abzuhalten ist. Unter gewöhnlichen Umständen wäre es heuer noch zu keinem gekommen, da seit dem letzten noch keine vier Jahre vergangen sind. Dessenungeachtet wird jetzt einer für dringlich gehalten, weil sich seit 1920 sehr viel geändert hat, was gemeinsame Beratung und Entscheidung heischt. Zur Zeit des letzten Kongresses schwamm das Dollarland in wirtschaftlicher Wonne, der Geschäftsprofit war glänzend, die Löhne hoch, volle Beschäftigung allenthalben, die Arbeiter wurden noch für „vollprozentige Amerikaner", für gute Patrioten gehalten, der Verband blühte, seine Kassen waren wohl gefüllt. Das ist aber schnell und gründlich anders geworden. Eine schwere Krise setzte ein, die für die Metallindustrie noch nicht ganz behoben ist, das Unternehmertum begann seinen Sturm gegen die organisierte Werkstatt, die Arbeitslosen nahmen überhand, langandauernde Streiks mußten geführt werden, die Mitglieder flüchteten von dannen, der Kassenbestand verdunstete sich und niemand will mehr etwas davon wissen, daß die Gewerkschafter einmal gute Patrioten genannt worden sind.

Diese schroffe Wechselwirkung ist natürlich nicht spurlos am Geiste der Mitgliedschaft vorübergegangen. Sie ist der Meinung, daß die vielgestaltige und zum Teil recht teure Erfahrung der letzten Jahre besser genutzt werden muß. Hierfür soll der Verbandstag dienen. Er dürfte wohl in Washington stattfinden.

Amerikanisches

Einige Lehrer in Minneapolis haben den Plan zur Schaffung einer „gewissenschaftlichen Hochschule ohne eigentlichen Direktor" ausgearbeitet. Die Schule soll von einem Vorstand von fünf Mitgliedern geleitet werden.

Kürzlich wurde in der amerikanischen Gewerkschaftszeitschrift Labor festgestellt, daß auf jeden für Bildungszwecke ausgegebenen Dollar 27 Dollar Kaugummi (der Kautabak der amerikanischen Jugend und Weiblichkeit) entfallen.

Die Entscheidung des Volkes

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Zum 4. Mai sind die Wähler des deutschen Volkes zu einer Entscheidung darüber aufgerufen, welche Politik in den nächsten Jahren gemacht werden soll. Viele Wähler sind mit Kopf und Herz und allem Wollen bei den sehr bedeutsamen Fragen, über die bei der Wahl abgestimmt werden soll, andere aber stehen mißmutig beiseite und meinen, die „Wählerei" nütze doch nichts. Mögen sich diese in gefährlicher Weise törichten Menschen doch bloß den Eifer ansehen, der bei den bürgerlichen Ausbeuterparteien, bei den kapitalistischen Unternehmerparteien vor den Wahlen herrscht. Und sinnlos ist der lange, hartnäckige und erbitterte Widerstand der Schlotjunker und der Ostelbier gegen das freie Wahlrecht doch gewiß auch nicht gewesen. Die Arbeiterschaft hat vor dem Kriege in wuchtigen, immer wieder erneuten Straßendemonstrationen gegen das infame, elende Dreiklassenwahlrecht angekämpft, ob auch die Säbel blitzten und die Pflastersteine Blut tranken.

Mit dem Zusammenbruch der alten „Herrlichkeit" nach dem verlorenen Krieg fiel dann auch das freie Wahlrecht als reife Frucht vom Baum. Freilich stellte sich dann heraus, daß die Handhabung jedes Geräts, jeder Waffe erst durch den Gebrauch geübt sein will. Ohne Gebrauch eines Werkzeugs aber ist die treffsichere Handhabung kaum zu erlernen. Die Mahnung, den Jugendlichen und Frauen das Wahlrecht erst dann zu geben, wenn diese für den Gebrauch „reif" seien, hat darum im Grunde doch wenig Sinn. Der Satz läßt auch die Deutung zu, daß ein Recht nur dann gegeben werden solle, wenn es nach Wunsch benutzt werde. Das aber wäre ja kein Recht mehr. Nach „Garantien", daß es „nicht mißbraucht" würde, riefen die Nationalliberalen und das Zentrum noch während der Kriegsjahre, als das Volk ein besseres Preußenwahlrecht verlangte. Allerdings ist verschiedentlich festgestellt worden, daß die Frauen in größerer Zahl für die reaktionären Parteien und besonders auch für das Zentrum stimmten, als die Männer. Natürlich ist alles daran zu setzen, daß sich diese Vorgänge nicht wiederholen und daß auch die Frauen des arbeitenden Volkes erkennen, was bei diesen Wahlen für sie, für ihre Kinder, was für die Arbeiterfamilie auf dem Spiele steht.

Und ist es denn nicht so, daß all der Jammer, all die Not der hinter uns liegenden Jahre unauslöschlich ihre Spuren dem Bewußtsein eingegraben haben? Wer kann das vergessen? Erinnern wir an einige dieser furchtbar harten Bitternisse.

Statt endlich jene Schichten, die in der Kriegs- und der Nachkriegsnot des verarmten Volkes noch fettere Gewinne gemacht hatten als vorher, anstatt diese Raffkes endlich zu angemessenen Steuerleistungen heranzuziehen, auf daß die leidenden Volksschichten hätten entlastet und größere Reparationsbeträge abgeführt werden können, wurde gar noch in entgegengesetzter Richtung „geschoben": Als das Volk durch die stärker einsetzende Geldverschlechterung noch ärmer wurde, suchten die Raffkes abermals durch das Geschrei nach „Substanzerhaltung" und „Wiederbeschaffungspreisen" außerhalb der allgemeinen Not zu bleiben. Und das zu der gefahrdrohenden Zeit, als es die „höchste Eisenbahn" war, daß Reich und Staat zu größeren Einnahmen kamen, wenn man an der Ruhrbesetzung vorbeikommen wollte.

Das Verlangen der Prozentpatrioten nach „Substanzerhaltung" war in seiner Wirkung gleich der gewollten Nichterfüllungspolitik. So kam denn die der deutschen Wirtschaft lebensgefährliche Ruhrbesetzung mit der abermaligen „falschen Rechnung" der „bewährten Wirtschaftsführer": Es war töricht, daß angenommen wurde, die Franzosen würden bald wieder wie begossene Pudel über den Rhein zurückziehen, wenn sie nicht so rasch und so vollständig zu ihrem Ziel kommen würden, als sie es sich vorher ausgedacht. Hatten die imperialistischen Blutspieler denn nicht schon früher „ihre" Völker in den Tod geschickt um wüste Strecken Landes in Afrika? Das Ruhrgebiet aber war altes Kulturland, es war mehr als Tripolis oder der Kongostaat. Und immer noch gleicht der bürgerlich-„nationale" Triumphgesang darüber, daß Frankreich so „wenig" erreicht, der Weisheit jenes Jungen, der ausrief: Es geschieht meiner Mutter ganz recht, daß ich mir die Hände erfriere, warum kauft sie mir keine Handschuhe! Ja, alles, was Frankreich nicht erreicht, macht zugleich — und vorerst! — den Magen des arbeitenden Volkes bei uns immer enger, so daß es nun kaum noch zu atmen vermag!

Wollen wir nicht bei diesen politischen Wahlen auch einmal klarer erfassen, wie ungeheuer viel uns der dicke Aberglaube vieler Volksgenossen an die „bewährten Wirtschaftsführer" schon gekostet hat? Wieviel Unheil er heraufbeschworen? Immer und überall hat doch dieser Glaube an die übermenschliche wirtschaftliche „Größe" der Stinnes und seiner Gesellen daneben getroffen. Als die Sozialisierung drohen wollte, sollte sie mit dem Schau- und Scheingericht der Kapitalisierung der Arbeit (durch die Kleinaktie) totgeschlagen werden. Als der simple Bürger annahm, Stinnes habe in England für eine Minderung der deutschen Not gewirkt, kam hernach die Aufklärung, daß er die deutschen Eisenbahnen dem Reich auch noch nehmen wollte! Die „bewährten" kapitalistischen Ausbeuter können doch auch gar nicht aus ihrer Haut heraus, sie werden nie selbst den Ast absägen, auf dem sie mit ihren Vorrechten sitzen. Da muß schon mit entsprechendem Nachdruck von anderer Seite vorgegangen werden. Wenn die Republik keine Ausbeutung will und keine Leute, die ihr das Fett von der Suppe schöpfen, das zu Reparationszahlungen dienen soll, dann kann sie mit den alten „bewährten" Wirtschaftsführern gar nichts anfangen.

An die raupenartigen Wirkungen der von vielen Ausbeutern gewollten rasenden Markverschlechterung sei auch erinnert. Bekam der Arbeiter mittags sein Geld, dann war es in einigen Stunden, wenn die Frau in atemloser Hast zum Händler lief, oft schon um ein Drittel weniger wert. Lachend wies der Händler auf den „neuen Dollarstand". Der Gegensatz war dann wieder die Substanzvermehrung der Satten und Fetten auf der „Ruhrweide"!

Und was dann nach dem Widerstand im Ruhrkrieg kam, brauchen wir es zu schildern? Der Raub an der Sozialpolitik, der Ansturm gegen den Achtstundentag, der Versuch, die Erwerbslosenhilfe abzubauen, um das Heer der Arbeitslosen noch williger für den kapitalistischen Lohndruck zu machen!

Jetzt werden die bürgerlich-kapitalistischen Parteien wieder versuchen, eine freundliche Larve zu zeigen und sie werden sich bemühen, den weniger gewitzigten Wählern das Blaue vom Himmel herunter vorzulügen. Sie werden „Volksfreunde" nach dem Motiv:

Vor den Wahlen Hundegeschnüffel,
Arm in Arm mit dem Arbeitsmittel:
Nach den Wahlen, ach wie bald,
Reje hoch und Mieze kalt!

Die sich heuchlerisch nach dem Zusammenbruch in der Republik „auf den Boden der gegebenen Tatsachen" stellten, arbeiteten schon bald wieder verdeckt und offen für die Reaktion und die Monarchie! Seitdem der deutschnationale Agent im Zentrum, Adam Stegerwald, jetzt sich bereits wieder die andere Tür aufzuhalten. Das Zentrum ist ja auch nie ein ehrlicher Freund des Achtstundentages gewesen, nicht einmal für die Hüttenleute. Der Essener Zentrumsabgeordnete Stötzel meinte seinerzeit, der Achtstundentag in den Zechenbetrieben sei nicht durchführbar! Und die übrigen bürgerlichen Parteien waren und sind keine besseren Freunde des Arbeiterschutzes.

Die millionären Arbeiterfeinde gewinnen auch noch, wenn es Arbeiter gibt, die sich gleichgültig einreden, auf sie komme es nicht an. Und doch kann überall eine einzige Stimme den Ausschlag geben, im Wahlbezirk, im Ort, im Kreis, im Staat wie im Reichstag.

Kollegen, bedenkt, was bei den Wahlen für euch auf dem Spiele steht. Fällt die Reichstagswahl nicht zugunsten des Sozialismus aus, bekommen die bürgerlich-kapitalistischen Parteien wiederum die Mehrheit, dann bekommt ihr, Kollegen, die Wirkung bei der Verteilung der Reparationslasten zu spüren. Kein Gott, kein Teufel kann auch vor der noch größeren Belastung, vor der noch ärgeren Ausbeutung bewahren, wenn ihr es nicht selbst am 4. Mai mit dem sozialistischen Stimmzettel tut. Erkennt das und sagt es jedem, der es hören und nicht hören will.

H.

Klagen über die Schlichtungsausschüsse

Zum Zwecke der Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten wurden durch Verordnung vom 23. Dezember 1918 die Schlichtungsausschüsse errichtet oder die schon während der Kriegszeit errichteten ausgebaut. Der Name sagt schon, daß diese Körperschaften bestehende Streitigkeiten schlichten sollen. Es gibt auch Schlichtungsausschüsse, die in vorbildlicher Weise diese nicht gerade angenehme Tätigkeit erfüllen oder es wenigstens ernstlich versuchen. Seit Jahr und Tag werden allerdings vom Reichsarbeitsministerium sogenannte Richtlinien an die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse herausgegeben, die, wenn der Vorsitzende nicht widerstandsfähig genug gegen derartige Beeinflussung ist, die größten Verwirrungen anrichten können. Zur Ehre einer Anzahl Vorsitzender sei es gesagt, daß sie trotz all der Beeinflussungsversuche ihre Schiedssprüche nach eigenem Urteil und Ermessen fällen. Bei der Mehrzahl trifft dies jedoch nicht zu. Es ist deshalb verständlich, daß, wenn bei Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß Fragen von grundsätzlicher Bedeutung erörtert werden, Vertreter der Unternehmer zur Bekräftigung ihres Standpunktes eine Reihe Schiedssprüche aus dem Reiche anführen, die ihrer Ansicht recht gibt. Auf der andern Seite steht der Vertreter der Arbeiterschaft, der ebenfalls mit einer Anzahl Schiedssprüchen aufwartet, die aber das Gegenteil beweisen. Es gibt wohl in der Rechtsprechung keine Einrichtung, wo ein solches Durcheinander herrscht, wie bei Schlichtungsausschüssen.

Meistens sind aber auch die bestellten Vorsitzenden die ungeeignetsten Personen zur Schlichtung von Streitigkeiten. Ohne die geringste Ahnung von der Sache zu haben, mitunter launisch, ohne Entschlußkraft, werden von ihnen mitunter Schiedssprüche gefällt, die geradezu Kopfschütteln erregen. Tarifbrüche, von Unternehmern begangen, werden gutgeheißen, die Arbeiterschaft mit den geringsten Forderungen abgewiesen u. a. m.

Nimmt es wunder, daß die Arbeiter immer mehr das Zutrauen zu diesen Schlichtungsstellen verlieren? Kann es wundernehmen, daß öfters Streiks ausbrechen, ohne daß vorher versucht wurde, vor dem Schlichtungsausschuß die strittigen Punkte zu beseitigen? Die Arbeiter sagen nicht mit Unrecht, vor diesen oder jenen Schlichtungsausschuß gehen wir nicht, denn da wissen wir im voraus, daß der Vorsitzende nur die Geschäfte der Unternehmer besorgt, wir aber unser Recht nicht bekommen. Ein Schiedsspruch, der die Arbeiter mit leeren Worten abspeist, wird von den Unternehmern in der Öffentlichkeit ausgenützt, um die Arbeiter ins Unrecht zu setzen. So sind die Schlichtungsausschüsse in vielen Fällen ein Zerrbild von dem, was sie sein sollen, sind sie nicht eine Stelle, die vermittelt oder unparteiisch Recht spricht, sondern eine Geißel für die Arbeiterschaft. Es gibt Schlichtungsausschüsse, die sogar unmittelbar an Arbeitsniederlegungen und Wirtschaftskämpfen schuldig sind.

Die Arbeiterschaft irgend eines Bezirks reicht Forderungen ein. Die Verhandlung mit der Unternehmerorganisation zieht sich in die Länge, das Angebot befriedigt nicht, schließlich wendet sich die Arbeiterorganisation an den Schlichtungsausschuß. Bis zur Sitzung wird von dem Syndikus des Unternehmerverbandes der Vorsitzende „bearbeitet". In der Verhandlung begründen die Arbeitervertreter ihre Forderungen und sind überzeugt, daß ihnen Recht werden muß. Schiedsspruch: Arbeiterschaft abgewiesen. Gründe: Unsere Industrie kann eine weitere Belastung nicht ertragen. Eine neue Inflation ist zu befürchten, die Rentenmark ist in Gefahr usw. Daß sich eine hungernde Arbeiterschaft mit leeren Worten nicht abspeisen läßt, ist begreiflich, und der Konflikt ist da. Jetzt wird gesagt, der Schlichter kann ja eingreifen. Wieviel Schlichter gibt es denn, die ihren Namen wirklich verdienen? Recht wenige, und diesen werden von den Unternehmern planmäßig Schwierigkeiten bereitet (siehe Wissell, Berlin).

Wenn heute Unternehmer in heuchlerischer Weise sich gegen die Schlichtungsausschüsse wenden, so nur, um der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen oder um die ihnen noch nicht vollständig gefügigen „Unparteiischen" willfährig zu machen oder zu beseitigen. Die Unternehmerorganisationen fahren mit den meisten Schlichtungsausschüssen ganz gut, denn besser als diese können selbst die Syndizi das Profitgeschäft nicht besorgen.

Mit diesen Zeilen soll nicht etwa die Einrichtung der Schlichtungsausschüsse an sich angegriffen werden, sondern nur die Art ihrer Tätigkeit. Schlichtungsstellen, die dort vermittelnd eingreifen, wo die Gefahr eines Kampfes besteht, können zum Segen eines Landes werden. Selbstverständlich dürfen durch die Schlichtungsausschüsse die Arbeiterorganisationen nicht in ihrer Entschlußkraft behindert sein. Soll aber nicht der letzte Rest des Vertrauens der Arbeiterschaft zu den Schlichtungsausschüssen schwinden, müssen an ihre Spitze Leute gestellt werden, deren Unparteilichkeit feststeht. Pflicht der Arbeiterschaft ist es, bei den Landeszentralbehörden die nötigen Schritte zu unternehmen, um die Beseitigung solcher Vorsitzenden zu erzwingen, deren Bestreben darin besteht, es dem Unternehmer auf jeden Fall rechtzumachen.

Die Arbeiterbeisitzer haben im Verein mit den Vertretern der Gewerkschaften Mittel genug, ihrer Meinung Geltung zu verschaffen. Zunächst die Flucht an die Öffentlichkeit, wo haarsträubende Schiedssprüche genügend zu beleuchten sind; dann Ablehnung der Vorsitzenden als befangen und Beschwerde bei der Landeszentralbehörde. Auf alle Fälle ist es Pflicht unserer Kollegen, allerorts den Kampf aufzunehmen gegen die Verzerrung der Schlichtungsstellen in ihr Gegenteil. Damit erweist die Arbeiterschaft nicht bloß sich selbst, sondern dem gesamten Wirtschaftsleben einen Dienst.

Gg.

Ein völkischer Betriebsrat

In der Lokomotivfabrik Krauß in München wurde unter allerlei Schwindel und Ränken eine völkische Liste für die Betriebsratswahl aufgestellt. Daraufhin zogen die übrigen Arbeiterverbände ihre Liste zurück. Die Völkischen sollten zeigen, was sie für die Arbeiter leisten würden. Sie hatten sehr viel versprochen. Die Kur ist gelungen. Nach drei Tagen mußte der Hakenkreuzbetriebsrat unter dem stürmischen Gelächter unserer Kollegen vor einer gut besuchten Betriebsversammlung offen seine Unfähigkeit eingestehen. Die Versammlung zwang ihn sogar, über seinen eigenen Mißtrauensantrag abstimmen zu lassen. Nur zwei Stimmen erhoben sich für den Betriebsrat. Der Betriebsrat mußte weiterhin die Erklärung abgeben, daß er keine Minute länger im Amte bleibe, nicht einmal für die Übergangszeit. Auch das ist geschehen. Die Neuwahlen werden sofort erfolgen und es wird keine Hakenkreuzler wieder nach einem Betriebsratsposten gelüsten. So geschehen in München, in der Hochburg des Hakenkreuzes und mitten in der Hetzstimmung der Wahlen zum bayrischen Landtag. Der Hakenkreuzschwindel wird schneller verschwinden, als er gekommen. Der Bazillus sitzt zu tief in der Arbeiterschaft, als daß er durch nationale Phrasen ausgerottet werden könnte.

Die Reichstagswahl bietet Gelegenheit, überall mit diesem völkischen Rummel aufzuräumen. Erfülle jeder Kollege dabei seine Pflicht und wähle mit den Seinen sozialistisch.

Warnung

In der letzten Nummer warnten wir vor einem Schwindler, der Arbeitskräfte nach Amerika suchte. Wieder wird uns mitgeteilt, daß der nämliche Schwindel erneut versucht wird. Diesmal werden Arbeitskräfte nach Polen gesucht. Unsere Verwaltungsstelle Ratibor hat festgestellt, daß der Schwindler nach Eingang der Meldungen von den Arbeitsuchenden eine Gebühr verlangt und dann nichts wieder von sich hören läßt. Die Sache ist von uns der Kriminalpolizei übergeben worden. Für unsere Kollegen erwächst aber die Pflicht, Vorsicht bei Arbeitsgesuchen walten zu lassen und in allen Fällen bei den zuständigen Verwaltungen unseres Verbandes anzufragen.

Eingegangene Schriften

Die Betriebsräteschule. Von Richard Seidel. 68 Seiten. 2,40 Goldmark. Verlag der Arbeitsgemeinschaft Berlin. — Das Buch macht den Versuch, Wesen und Aufgaben der Schulung von Betriebsräten und Funktionären der gewerkschaftlichen Bewegung abzuleiten von dem Wesen der Aufgabe der Betriebsräte und der Stellung der Gewerkschaften und Betriebsräte zur gesellschaftlichen Umwelt. Ausgehend von den das soziale und wirtschaftliche Leben berührenden Teilen der Reichsverfassung und von dem in diesen Artikeln bekundeten Willen zur Wirtschaftsgemeinschaft untersucht die Arbeit Stellung und Aufgabe des Betriebsrates in der wirtschaftenden Gesamtheit und allen ihren Faktoren: Arbeitnehmerschaft, Unternehmertum, Staatsgewalt. Das Buch endet mit der Forderung, daß das Reich bald Schritte unternehmen möge, die schon zahlreich vorhandenen Einrichtungen zum Zwecke wirtschaftlicher Schulung und die in ihnen wirkenden Kräfte zusammenzuführen, „damit wir in allmählicher Angleichung der verschiedenen Willensrichtungen zu einer Betriebsräteschule gelangen, die, in allen ihren Stufen eine geistige Einheit bildend, ihren Platz im Geistesleben des Volkes würdig behauptet".

Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923. Mit allen einschlägigen Bestimmungen der Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter (Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten), Reichsgewerbeordnung und sonstigen Gesetze erläutert von Dr. Friedrich Syrup, Präsident der Reichsarbeitsverwaltung. Im Anhang graphische Darstellungen der Wechselschicht, Bestimmungen des Schlichtungswesens. Preis gebd. 4,50 M. — **Betriebsstillegungen und Arbeitsstreckung.** Die Verordnungen vom 8. November 1920 und 15. Oktober 1923 erläutert von Dr. Oskar Weigert, Geheimer Regierungsrat, Ministerialdirigent im Reichsarbeitsministerium. 2. Auflage. Preis gebd. 3 M. — **Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten.** Nach der Verordnung vom 30. Oktober 1923 und den Ausführungsbestimmungen hierzu nebst Anhängen. Von Rechtsanwalt Fritz Pick und Regierungsrat Dr. Martin Weigert. Preis gebd. 3 M. — Bei den vorliegenden Schriften handelt es sich um drei Bände der im Verlag Reimar Hobbing, Berlin SW. 61, Großbeerenstr. 17, erschienen Bücherei des Arbeitsrechtes. Die Bücher sind empfehlenswert.

„Wie entrichte ich meine Beiträge zur Invalidenversicherung?" Von Gustav Wahl, Regierungsrat in Stuttgart, Kronenstr. 44, 3. Preis 25 ₰. (Kohlhammer.) Vereinen und Gewerkschaften wird bei Partiebezug (direkt vom Verfasser) Preisermäßigung gewährt.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag den 4. Mai ist der **19.** Wochenbeitrag für die Zeit vom **4.** bis **10. Mai 1924** fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse: I.	II.	III.	IV.	Beginn der Beitragserhöhung
	wöchentlich Pfennig				
Itzehoe	5	5	5	5	18. Woche
Mittweida	5	5	5	5	16. „
Wurzen	5	5	5	5	14. „
Wurzen	10	10	10	5	19. „

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Die nachgenannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungstellen, denen Adressen der Aufgeforderten bekannt sind, wollen diese an den Vorstand melden.

Auf Antrag der Verwaltungstelle **Einswarden-Nordenham:**

Der Schmied Jakob Schäven, geb. am 25. Februar 1897 zu Euenheim, Mitgliedsbuch Nr. 5,301342, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungstelle **Hagen i. W.:**

Der Schlosser Heinrich Lehr, geb. am 5. April 1892 zu Ludwigshafen, Mitgliedsbuch Nr. 4,533011, wegen Schädigung der Verbandsinteressen und Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungstelle **Oberhausen:**

Der Metallarbeiter Walter Berwald, geb. am 30. Januar 1897 zu Friedenau, Mitgliedsbuch Nr. 5,251399, wegen Unterschlagung

Auf Antrag der Verwaltungstelle **Tuttlingen:**

Der Kernmacher Josef Strittmatter, geb. am 21. September 1881 zu Zürich, Mitgliedsbuch Nr. 5,174159, wegen Unterschlagung.

Gestohlen wurden:

Mitgliedsbuch Nr. 4,710008, lautend auf den Zeugschmied Gottlieb Kohn, geb. am 9. Juli 1898 zu Heidenheim. (Heidenheim.)

Mitgliedsbuch Nr. 5,117514, lautend auf den Metallarbeiter Paul Paul, geb. am 24. November 1901 zu Heidenheim. (Heidenheim.)

Mitgliedsbuch Nr. 2,942637, lautend auf den Dreher Albert Weideder, geb. am 15. Juni 1891 zu Königsbronn. (Heidenheim.)

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von **Elektromonteuren** nach Hamburg St.; nach Wiesdorf am Rhein L.;
von **Emaillierarbeitern** nach Berlin St.;
von **Feilenhauern und Schleifern** nach Brandenburg a. H. St.;
von **Formern und Gießereiarbeitern** nach Cannstatt (Firma Grupp) St.; nach Chur i. Schweiz (King & Co.) D.;
von **Graveuren, Schnittschlossern und Fallhammerschmieden** nach Aschaffenburg (Heinrich Kahl) D.;
von **Mechanikern und Optikern** nach Budapest (Ferd. Süß) D.;
von **Metallarbeitern aller Branchen** nach Berlin D.; nach Harburg a. E. (Georg Niemeyer und Ottowerft) St.; nach Kiel A., nach Oeynhausen (Eisenwerk Weserhütte, A.-G.) A., nach Saulgau (J. Bautz, A.-G., Erntemaschinenfabrik) D., nach Wiesmoor i. Hannover (Fa. Siemens, Kraftwerk und Torfgewinnung) D.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abstempeln zu lassen.

Verbands-Anzeigen

Friedrichshafen a. B. Kollege Franz Hammer, geb. 20. Nov. 1903 zu Altingen, OA. Herrenberg, Buchn. 5,634607, zuletzt in Weingarten, wird gebeten, seine Adresse obiger Verwaltungstelle anzugeben. Ebenso bitten wir die Verwaltungen, wo er sich gemeldet, uns es mitzuteilen.

Druck und Verlag: Druckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 15.